

Inserate werden angenommen
in Polen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gau. Ad. Schles., Postleiter,
Dr. Gerhardt u. Breitkopf & Ede,
Otto Rieckisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9—11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Nr. 266

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
am Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierthalb
Schillings 45 Pf. für die Stadt Posen, für ganz
Preußland 5,10 Pf. Bezahlungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 16. April.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

1896

Deutschland.

△ Berlin, 15. April. [Die gesetzliche Ladenschlussstunde] Im Abgeordnetenhaus haben die Freikonservativen Brütt und Freiherr v. Gröber beantragt, die Staatsregierung aufzufordern, daß sie das Thinge thue, um das Inkrafttreten der Ladenschlussstunde um acht Uhr Abends zu verhindern. Der Antrag ist in sofern ganz dankenswerth, als er dem zunächst zuständigen Ressortminister, dem Freiherrn von Berlepsch die Gelegenheit geben wird, die staunende Welt darüber aufzuklären, ob wirch ein preußischer Minister einen so unglaublich welsremden Gedanken wie den dieser abenteuerlichen Ladenschlussstunde mit seinem Namen vertreten möchte. Einige mögliche man glauben, daß der Vorschlag der Kommission für Arbeiterstatistik nur veröffentlicht worden ist, um der Deffenlichkeit das Signal zu scharfen Protesten zu geben und vor aller Welt zu bekennen: Wir, die verbündeten Regierungen, wissen uns nicht mehr zu helfen und zu lassen vor diesem Ansturm sozialpolitischer Quacksalber; nehm denn also Ihr, die Berufskreise des praktischen Lebens, Euere Interessen selber in die Hand und schlagt gehörig Lärm! — Einigermaßen unterstützt wird diese Vermuthung durch den völligen Verzicht der Regierung auf offiziöse Vertheidigungen der gesetzlichen Ladenschlussstunde. Man hat die Gegnerschaft aus allen politischen Lagern (ausgenommen natürlich die Sozialdemokratie) sich ruhig äußern lassen. Im Abgeordnetenhaus wird man jetzt erfahren, wie die preußische Regierung eigentlich zur Sache steht. Obwohl es kaum noch nötig erscheint, den grenzenlosen Widerstand des Vorschlags der Kommission für Arbeiterstatistik nachzuweisen, so mag doch ein Moment hervorgehoben werden, namentlich in Anknüpfung an die Abgeordnetenhausdebatte vom Dienstag über den Konkurrenzkampf zwischen Großbazaren und kleinen Ladengeschäften. Die gesetzliche Ladenschlussstunde würde nämlich wie eine Prämie auf möglichst schnelle und vollständige Unterdrückung der mittleren und kleinen Geschäfte durch die Kleinenbazare wirken müssen. Denn diese letzteren sind es durchaus nicht, welche ihre Angestellten bis in den späten Abend hinein beschäftigen. Hier in Berlin schließen die großen Kaufhäuser ihre Thüren regelmäßig um 8 Uhr, oft schon früher. Bekommt wir also die gesetzliche Schlussstunde 8 Uhr Abends, so würde sich der Nachtheil nicht einmal auf die Großen und die Kleinen vertheilen, sondern er fiele bis auf den leichten Rest nur den Kleinen zu.

— Dem "Berl. Tagebl." wird gedrehten: Die Angabe des Prof. v. Below, daß sich ein Hohenholzer niemals duellirt habe, ist eine irrite, da auf Grund Erlaubnis und Besitz Friedrich Wilhelms III. sein Sohn, Prinz Karl von Preußen im Duell den Fürsten Walther von Putbus, einzigen Sohn des alten Fürsten Putbus, erschoss. Aus diesem Grunde wurde auch, wie unser Gewährsmann weiter hinzufügt, "von dem Rechte, das Leben Putbus von der Krone Preußen einzuziehen, kein Gebrauch gemacht, sondern der Tochter Sohn Graf Wyllich und Lottum belebt."

— Auch in diesem Jahre wird der Kaiser eine Nordreise unternehmen. Die Reise ist auf eine Zeit von nicht weniger denn acht Wochen berechnet und geht von Bergen, wohin sich der Kaiser von Kiel aus begiebt, längs der Küste und durch die Fjorde nach Drontheim. Von dort aus geht der Kaiser die Reise nordwärts längs der Küste und das Nordkap umschiffend bis Badsö am Varangerfjord fort. Wie das norwegische Blatt "Aftenposten" mittheilt, wäre es möglich, daß auch die Kaiserin diese Reise, wenigstens zum Theil, mitmacht.

— Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch beschäftigte sich bei der Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Erlass für Wildschaden. § 819 befagt im Wesentlichen: "Wild durch Schwarz-, Roth-, Edel-, Dam- oder Steinwild ein Grundstück beschädigt, an welchem dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht, so ist der Jagdberechtigte verpflichtet, dem Verletzten den Schaden zu ersetzen." Abg. Gröber beantragt, die Erfasung auch für Beschädigungen durch Hasen und Falanen aufzuerlegen; außerdem beantragt Gröber, § 819 folgenden Absatz anzufügen: "Ist der Schaden durch Schwarz- oder Rothwild entstanden, das seinen Stand auf einem Grundstück hat, an welchem dem Jagdberechtigten das Jagdrecht oder die Ausübung des Jagdrechts nicht zusteht, so ist diesem der an jenem Grundstück zur Jagd oder zur Ausübung des Jagdrechts Berechtigte zur Entstättung des geleisteten Schadenersatzes verpflichtet." Freiherr v. Malzahn (kon.) beantragt dagegen, den ganzen § 819 zu streichen, und im Einführungsgesetz einen Hinweis aufzunehmen, daß die Regierung der Wildschadenfrage der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen bleibe. Regierungssitzig wird gegenüber dem Antrage v. Malzahn darauf hingewiesen, daß in vielen deutschen Staaten wie Württemberg, Sachsen, Hamburg und Lübeck eine gesetzliche Haftpflicht für Wildschaden nicht existiert. Die Frage des Hasenschadens nach dem Antrag Gröber zu regeln, sei nicht unübersichtlich, da, wenn man eine Entschädigung für solchen Fall setze, die Gemeindejagden schwer oder doch nur zu geringen Preisen zu vergeben sein würden. Der Schaden werde hauptsächlich angerichtet an Baumhäusern im freien Felde, die nicht genügend geschützt sind. Dann komme die Schwierigkeit des Beweises in Betracht, woraus zahlreiche Prozesse entstehen würden. Abg. Hirschburg (kon.) macht geltend, jede Ausdehnung der Wildschadenshaftpflicht habe die

Wirkung, daß das Wild vermindert und mehr und mehr ausgerottet werde. Bei der Abstimmung werden beide Anträge Gröber mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen, wodurch der Antrag Malzahn bestätigt ist. — § 821 (Schadenersatz für die Folgen eines Gebäudes (Finsturz)) wurde unverändert angenommen. — § 823 handelt von der Schadenersatzpflicht der Beamten, falls vorsätzlich oder fahrlässig die einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt ist. Die Abg. Frohme-Stahnsdorf (Soz.) schlagen folgende Fassung vor: "Verletzt ein Beamter in Aussicht seiner amtlichen Wirklichkeit seine Amtspflicht oder eine Gesetzesvorschrift, so besteht er dem Verletzten für diesen Schaden gemeinsam mit dem Beamten der Staat, die Gemeinde oder die öffentliche Körperschaft, von der der Beamte angestellt ist." Abg. Gröber und Genossen (Chr.) beantragen, Absatz 3 wie folgt abändern: "Die Amtspflicht tritt nicht ein, wenn der Beschädigte durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit unterlassen hat, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden." Außerdem beantragt Gröber folgenden Absatz 4 anzufügen: "Ist in den Fällen des Absatzes 1 und 2 von dem Beamten der Erfasung des Schadens nicht zu erlangen, so ist zur Leistung des Erfaszes diejenige juristische Person des öffentlichen Rechts verpflichtet, welche dem Beamten das Recht anvertraut hat." Abg. v. Tuny (nl.) beantragt folgenden Antrag: "Hat der Beamte in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt gehandelt, so besteht für den Schaden gemeinsam mit ihm als Gesamtvertreter der Staat, die Gemeinde oder die Körperschaft des öffentlichen Rechts, von der er angestellt ist." — Nach langer Debatte werden schließlich nach Ablehnung der übrigen Anträge die beiden Anträge Gröber angenommen.

— Zum Handelskammergesetz hat die Südenschule der Handelskammer eine beachtenswerte Denkschrift an das Abgeordnetenhaus gerichtet. Sie verlangt, daß dem Gesetz der Zusatz gegeben wird: "Bestehende Handelskammern dürfen gegen ihren Willen weder mit benachbarten Kammern vereinigt noch aufgelöst werden." In zutreffender Weise führt die Denkschrift aus, die Berichterstattung der Handelskammer beruhe in erster Linie auf lokalen Wahrnehmungen und Erfahrungen. Je größer der Bezirk, desto geringer der Besuch der Sitzungen der Kammer. Die Folge davon ist, daß statt eines mündlichen Austausches der Arbeiten die gutachtlichen Berichte der Kammer wesentlich die persönliche Ansicht des Sekretärs vertreten und damit zugleich eine mehr oder weniger bureaukratische Berichterstattung erfolgt. Je kleiner der Bezirk, desto leichter ist es, das Material der Handelskammer den einzelnen Interessenten zugänglich zu machen. Auf die Einholung mündlicher Auskünfte in Tracht und Bollachen, die Ausstellung von Ursprungzeugnissen &c. wird in großen Handelskammerbezirken von den nicht am Sitz der Kammer wohnenden Industriellen meist verzichtet werden müssen.

— In den am Dienstag begonnenen Berathungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik wurden die Auskunftsverlone der Herrenkonfektion vernommen und hauptsächlich über die Errichtung von Betriebswerkstätten verhandelt, wobei seitens der anwesenden Konfektionäre die unerlässliche Nothwendigkeit der Hausindustrie betont wurde. Auch die Zwischenmeister sprachen sich gegen die Errichtung von Betriebswerkstätten aus, für welche nur der Arbeitersünder Einnahme eintrotzt. Darauf wurde die Frage der Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbeinspektion besprochen, wobei selbst die Regierungsvertreter die Schwierigkeiten der Kontrolle zugeben mußten.

— Die Eisenbahngesellschaftlichen Vorlesungen finden im Sommerhalbjahre 1896 in folgender Weise statt:

In Berlin werden in Räumen der Universität Vorlesungen über die Nationalökonomie der Eisenbahnen, insbesondere das Tarifwesen und über den Betrieb der Eisenbahnen gehalten werden. Das Nähere, namentlich auch bezüglich der Anmeldung zu den Vorlesungen ist aus dem Anschlag in der Universität ersichtlich.

In Köln finden Vorlesungen über Eisenbahn-Betriebslehre im früheren rechtsrheinischen Eisenbahndirektionsgebäude statt.

— Der Staatsminister a. D. Rudolf v. Delbrück tritt morgen in sein 80. Lebensjahr ein.

— Der Oberlandesgerichtsrath v. Hassel in Stettin ist nach dem "Berl. Tagebl." zum Reichsgerichtsrath ernannt worden und wird am 1. Mai sein neues Amt antreten.

— Der durch sein Duell mit seinem Schwiegersonn von Hühnerbein in letzter Zeit viel genannte Kreisdeputierte und Landesälteste v. Sprenger gehörte bis jetzt dem Kreisausschuß zu Jauer an. Da seine Mitgliedschaft nur ihr Ende erreichte, schlug der Vorstand des Kreistages in der letzten Sitzung die Wiederwahl des Herrn v. Sprenger durch Aklamation vor. Hierauf beantragte jedoch ein freisinniger Kreistagsabgeordneter geheimer Abstimmung mittelst Stimmzettel. Die Folge davon war, daß Herr v. Sprenger von 19 abgegebenen Stimmen nur sechs erhielt, sodaß er also aus dem Kreisausschuß entfernt worden ist.

— Auswärtigen Blättern wird von hier berichtet, der Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken habe beschlossen, seinen Sitz nach Berlin zu verlegen; diese Nachricht ist der "Nat. Blg." zufolge dahin zu verstehen, daß die vier Geschäftsstellen in Posen, Graudenz, Königsberg und Breslau bestehen bleiben, die gemeinsame Centrale aber in Berlin sein wird, wo seit nahezu zwei Jahren ebenfalls eine Geschäftsstelle besteht.

L. C. Der antisemitische Moniteur verkündet heute, die Aufführung einer antisemitischen Kandidatur in Ruppin-Tempelin sei das einzige Mittel, den Kreis den Freisinnigen wieder abzunehmen. Es sei bei der vorigen Wahl nur mit einer geringen Stimmenzahl an diese verloren gegangen, weil tatsächlich viele Wähler nicht für den konservativen Kandidaten stimmen wollten. Die antisemitische Sache habe aber sowohl für viele Freisinnige, wie auch für viele Wähler, welche sozialdemokratisch bestimmt haben, eine stark werbende Kraft gerade einem jüdisch-schäferischen Kandidaten gegenüber. In der am Montag in Neu-

Inserate werden angenommen
in den Städten der Provinz Polen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
R. Mosse,
Haasen & Vogler J.-G.
S. S. Baube & Co.,
Invalide Dank.
Berantwortlicher für den Inseraten
W. Braun in Posen.

Inserate, die lediglich Werbepost oder deren Raum
in der Morgenansage 20 Pf. auf der linken Seite
20 Pf., in der Mittagsansage 25 Pf. an der rechten
Stelle entsprechend Platz, werden in der Expedition die
Mittagsansage 25 Pf. Uhr vermerkt, die Morgenansage
20 Pf. Uhr angezeigt.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

1896

ruppin abgehaltenen Versammlung, in der der antisemitische Kandidat profiliert werden sollte, hat man von dieser stark werbenden Kraft des Antisemitismus nichts gemerkt. Die Proklamation des Kandidaten konnte nicht stattfinden, weil die Mehrheit der Besammlung aus Freisinnigen und Sozialdemokraten bestand, deren Redner die Aufführungen des Abg. Zimmermann und Obermeisters Schumann mit Entschiedenheit zurückwiesen. Der Bericht des Organs des Abg. Zimmermann, der "Dresden. Wacht" ist, wie es scheint, vor der Besammlung geschrieben worden.

— Beschlagantrag wurde in Nürnberg der demokratische "Nürnberger Anzeiger". Der Grund ist wahrscheinlich das Referat über die Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung gegen Dr. Niedde in München, das die inkomplizierte Stelle eutheist.

— Ahlwardts Bundesbuch soll wieder ausleben, und zwar beabsichtigt man, die Ahlwardt-Bödel-v. Möllsche Veröffentlichung Deutsches Volksrecht-Deutsche Reform im Format und Genre des Bundesbuchs in Hamburg weiter erscheinen zu lassen.

— Über die leichten Fälle gegen Stämme auf der Insel Ukerewe im Victoria-Nyanza, von denen das amtliche "D. Kol.-Bl." berichtete, schreibt Graf Schmitz, der frühere Führer einer Expedition des Antislaverei-Komitees, in der "D. Kol.-Blg.":

"Dem Anschein nach handelt es sich hier nicht um lokale, unbedeutende Unruhen. Das Gebiet Ulongos, Sultans von Ukerewe, und das des Sultans Roma umfasst den größten Theil der an den Südseiten des Victoriasees gelegenen Länder; ein Kriegszug gegen Roma bedeutet einen Kriegszug gegen eines der umfangreichsten Reiche Deutsch-Ostafrikas. Zweifellos handelt es sich bei den jüngsten Unruhen um das Hervorquellen einer in diesen Gebieten schon lange vorhandenen Färbung, um die traurigen Früchte einer vor Jahren hier begonnenen falschen und unvorbildigen Politik seitens der Station Muansa. Sultan Roma und Lukongo, beide sind mir befreundet; mit ersterem höchstlich Blutsfreundschaft und mit letzterem einen schriftlichen Freundschaftsbund. Beide Sultane hätten bei einer ruhigen und weisen Politik, meiner Überzeugung nach, die besten Stützen für die deutsche Herrschaft abgeben können. Das Unheil ging aus von jenen beiden ersten Stationsverwesern, welche bei Beginn der deutschen Herrschaft sich, wenn auch unbewußt, an jenen Gegenden schwer verändert haben. Es waren zwei Unteroffiziere, die hier nacheinander in Muansa regierten und die Fähigkeit, sich irgendwo in schwierigen politischen Verhältnissen zurück zu ziehen, unmöglich haben konnten. Wie es bei Leuten, die nicht an das unbeschränkte Gebiete gewöhnt sind, in den Tropen in solchen Fällen geradezu typisch ist, verloren sie jede Richtung, verließen den Rechtsboden und unterstützten mehr das Unrecht wie das Recht. Ihre oft geradezu brutalen Machtausübung, ihre Requisitioen im Lande und ihre Elfenbeinpolitik hatten in den von der Station Muansa beherrschten Gebietshäfen eine Gehrung hervorgerufen, die über kurz oder lang in offene Unruhen ausbrechen mußte. Wenn diese erst jetzt zum Ausbruch kommen, so danken wir dies sicher den geschickteren Händen, denen später die Zeitung hier anvertraut wurde. Bedenkt, wenn solche Unruhen entstehen, ist es Zeit, Einkehr zu halten und zu prüfen, was für Fehler gemacht worden sind, damit diese für die Zukunft vermieden werden. Vielleicht zeigen die jüngsten Verhältnisse wieder einmal die Nothwendigkeit, daß die kolonialen Stationen auf jede Herrschaft und jedes Einwohner verzichten. Da die Stationen nun einmal da sind, so möge man sie auch belassen, aber man gebe ihnen die allerbestimmteste Wahrung, nur in der Selbstverteidigung zu den Waffen zu greifen und im übrigen einen stillen Beobachter abzugeben. Dann werden die Eingeborenen den Stationen ihre Achtung nicht versagen, im übrigen sie ungestört lassen. Von Aufständen und Kriegszügen würde man dann nichts mehr hören."

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 14. April. Türkische Geschichten aus Berlin W. wurden heute vor der 9. Strafkammer bestigen Landgerichts I verhandelt, und da es sich dabei um die holde Weiblichkeit handelte, so wurde die Offenbarung ausgeschlossen. Auf der Anklagebank saß der Schnellermeister und Haushaltshämer B. aus der Butherstraße, ihm zur Seite seine Ehefrau; beide wurden wegen versuchter Erpressung und Beleidigung zur Verantwortung gezogen. Der "L.-A." berichtet: Vor einiger Zeit war der Hauptmann Isham Bey vom Bosporus nach der Spree übergesiedelt, um sich hier im Kriegshandwerk zu vervollkommen. Er wurde wie mancher andere seiner Landsleute à la suite eines Truppenteils geführt und vom General von Elpons zu dem Schnellermeister B. ins Quarier dirigirt. Er ließ sich hier auch häuslich nieder, scheint aber bei der Beurtheilung jugendhafter Berliner Frauen den Rückhalt angelegt zu haben, der vielleicht am Bosporus nicht ungewöhnlich sein mag. Die Frau seines Quariergebers erfuhr verschiedene Liebenwürdigkeiten des türkischen Gastes darunter, daß sie sogar einmal, wie in der Gerichtsverhandlung zur Sprache kam, ihn mit dem Fuerhalten sich abwehren musste. Er versuchte es aber immer wieder mit Liebenwürdigkeiten, und diese sollen, als Herr B. eines Abends friedlich in seiner Statt saß, so deutlich geworden sein, daß es die Frau für geboten erachtete, die Hilfe ihres Ehemannes zum Schutz ihrer weiblichen Ehre anzurufen. Der Ehemann zog dann auch sehr ernste Saiten auf und wandte sich zunächst an den Militär-Attache der ottomanischen Botschaft, Oberstleutnant Sami Bey, um durch dessen Vermittlung den Hauptmann zu bewegen, irgendeinen Fehler wieder gut zu machen, irgendeine formelle Abbitte leiste. Dies wurde auch in Aussicht gestellt, aber es kam nicht zur Erfüllung, vielmehr erklärte Hauptmann Isham Bey, daß eine solche Abbitte eins. Kriegsmannes unwürdig sei und von ihm nicht geleistet werden würde. Nun rief dem Beleidigten die Geduld und er schrieb dem Hauptmann einen deußlichen Brief, in welchem er ihm mittheilte, daß, wenn er nicht bis zum

